Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern. | Leipzig, den 15. März 1921 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 31

Einiges von der kapitalistischen Offensive

Was in den beiden Artikeln „Sozialreaktionäre Aktivität“ (Nrn. 28 und 29) ausgeführt worden ist, steht in ideellem Zusammenhange mit dem, was nun faktisch zur kapitalistischen Offensive gesagt werden soll. Der Artikel aus Chemnitz in Nr. 29: „Gegen die Reaktion — für die Einheitsfront“, hat damit schon begonnen.

Man hat jetzt einen Branchenstreik über ganz Deutschland erlebt: 30000 Arbeiter in der Herrenkonfektion kämpften vier Wochen lang, um zu einem Reichstarif zu kommen, wie er ihren Wünschen entspricht. Die Unternehmer halten die Arbeiterdelegierten auf einer Konferenz in herausfordernder Weise behandelt, wollten auch durch Verschleppungstaktik ihre Arbeiterschaft in eine für diese ungünstigere Geschäftsperiode hinziehen. Die Herrenkonfektionsarbeiter sind nicht ganz zum Ziele gelangt; was die nun folgenden Verhandlungen bringen werden, muß noch abgewartet werden. Dieser Streik, der nicht groß aufgefallen ist, hat seine Bedeutung darin, daß er als eine Attacke der sozialen Reaktion anzusehen ist, die schon in Ausdehnung über das ganze Reich einen längeren Kampf aufnimmt.

Der Streik auf den Farbwerken in Leverkusen ist verloren gegangen. Die Kommunisten haben hier einen Kampf entfacht, in den zum Schluß an 12000 Arbeiter verwickelt wurden; eben seiner geringfügigen Ursache wegen, aus der geschickt ein Anschlag auf die Achtundvierzigstundenwoche gemacht worden war, hätte er auch zusammenbrechen müssen, wenn er von den Gewerkschaften (hauptsächlich Fabrikarbeiterverband) finanziell unterstützt worden wäre. In Stettin ist ein von den Kommunisten und Syndikalisten betriebener Generalstreik der Arbeiterschaft noch im ersten Stadium von den Gewerkschaftsfunktionären, den Betriebsräten und von Parteifunktionären zum Stillstand und zur Beendigung gebracht worden. Es soll eines Nachts in einen Zeitungsdruckraum eine Handgranate geworfen worden sein, die glücklicherweise keinen großen Schaden anrichtete. Es könnten noch mehr Streiks angeführt werden, die auf kommunistische Urheberschaft zurückführen. Wie sich das mit dem „Offenen Briefe“ in seiner das gesamte Proletariat aufrufenden Tendenz vertragen soll oder mit der erst am 8. März in der „Roten Fahne“ zu lesen gewesenen Einsicht:

> daß es für die Arbeiterschaft nur eine Rettung gibt, den Kampf nicht gegen eine einzelne Unternehmerschaft, sondern gegen den Kapitalismus; daß die Kraft aller Gewerkschaften und aller proletarischen Richtungen zusammengefaßt werden muß zum gemeinsamen Kampfe, da der Kapitalismus gegen die Nadelstiche der Teilstreiks unempfindlich geworden ist,

das mögen die Götter wissen. Die kommunistische Taktik hat in Teilstreiks schon recht viel geleistet, also den Kapitalismus gegen die Nadelstiche unempfindlich gemacht und dadurch die soziale Reaktion tüchtig gestärkt.

In einem Artikel ihrer Nummer vom 20. Februar behandelt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ redaktionell die Notwendigkeit einer „Stabilisierung der Löhne“. Was in unser gutes Deutsch übersetzt als Lohnabbau zu verstehen ist. Eine Lebensmitteltabelle von 32 Artikeln führt auffallenderweise nur eine Fleischsorte auf (Rindfleisch); Fleisch und Wurst sind aber bekanntlich noch am teuersten. Ob nicht auch Engrospreise mitverwandt sind, läßt sich für den Fernstehenden nicht gut erkennen. Mit dieser Preistabelle und mit einigen Haushaltsrechnungen aus Unternehmerverbandsbureaus wird dann unbedenklich der „Nachweis“ geliefert, daß wir uns „im Zeichen des Niederganges der Preise unsrer notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände“ befinden, daß der Preissturz von Ende Dezember 1920 bis Ende Februar 1921 etwa 20 Proz. ausmachen wird, so daß mit einer Gesamtverbilligung von 13 Proz. zu rechnen sei. Das klingt alles so sicher, als ob es außer den Hamburger Unternehmerstatistikern auf der Welt keine Statistiken über das Existenzminimum gäbe. Calwer, Kuczinsky, Elsas, Lübstorff existieren einfach nicht; deren objektivere Untersuchungen und Feststellungen belagen ja auch etwas andres, wenngleich sie in diesem oder jenem Fall einen Rückgang anerkennen. Die Hamburger bringen es sogar fertig, zu behaupten, die Steigerung der Löhne und die Steigerung der Lebensmittelpreise habe „durchaus gleichen Schritt“ gehalten. Das Operieren mit „beweiskräftigen Waffen“ geht aber noch weiter, indem von einem Durchschnittsverdienste von 6,38 Mk. ausgegangen und in Hinblick auf die im voraus errechneten Preisrückgänge erklärt wird: „Bleiben also die Löhne auf der bisher gen Höhe bestehen, so beimsen damit die Arbeiter eine talente Lohnerhöhung von 13 Proz. in dieser Zeit ein.“ Das heißt für die zwei Monate Januar und Februar. Es ist unglaublich, wie man so etwas hinausgeben kann; noch unglaublicher aber, daß die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ daran exemplifizieren konnte (siehe „Korr.“ Nr. 27), daß sogar die Buchdrucker einen die tatsächliche Verteuerung überschreitenden Verdienst hätten.

Die Schlußfolgerungen der „D. A.-Z.“ sind, daß auch unter Berücksichtigung der Pariser Beschlüsse mit der 12prozentigen Ausfuhrabgabe Deutschlands die Unternehmer gezwungen seien, „die Lohnbremse stärker als zuvor anzuziehen“. Ein „enggeschlossenes Arbeitgebertum“ sei mehr denn je die Voraussehung. Denn:

> Die Arbeitgeberverbände werden in absehbarer Zeit notgedrungen aus der Defensive in die Offensive übergehen müssen, wenn es gilt, aus dem Preisabbau die für unsre Wirtschaftslaufbahn notwendigen Konsequenzen zu ziehen und mit ihm den notwendigen Lohnabbau zu verbinden. Der Lohn ist ja nur der Preis für geleistete oder heute oftmals nicht geleistete Arbeit, Lohnabbau und Preisabbau sind also miteinander identisch und auf die Dauer nicht voneinander zu trennen. Die Vorgänge aus dem Sommer vorigen Jahres und vor allem die heutigen Vorgänge im Auslande haben uns zur Genüge gezeigt, daß ein Stabilisieren oder gar ein Abbau der Löhne nicht ohne schwerste Kämpfe vor sich gehen werde. Eine geschlossene Front der Arbeitgeber mit einheitlichen Zielen ist die unbedingte Voraussehung für den Erfolg.
>
> Die Arbeiter werden immer mit dem unerreichbaren Existenzminimum und andern Schlagworten operieren, ohne sich dabei belehren lassen zu wollen, welchen enormen Unsinn sie damit begehen.

Zum Schlusse dieser für die kapitalistische Offensive genügend zeugenden Deutlichkeiten heißt es noch:

> Wenn die Arbeitgeberverbände das Signal zum Stabilisieren der Löhne geben, so ist dazu sicherlich die Stunde gekommen, um zu verhüten, daß unser einziger Aktivposten, die deutsche Arbeit, an den wahnsinnigen Löhnen zugrunde geht.

Da die großen und die kleinen Profitjäger ihr Mütchen bis zum Wahnsinn treiben, liegt es schließlich auch im Zuge unsrer verrückten Zeit, von „wahnsinnigen Löhnen“ zu reden. Die soziale Reaktion beweist damit nur, daß sie in der gleichen trostlosen Geistesverfassung ist wie die politische Reaktion, die ebenso plump und dumm verfährt.

Die Bundesgenossenschaft zwischen diesen beiden Faktoren erhellt übrigens aus einem Rundschreiben des Verbandes der Bayerischen Industriellen vom 14. Februar an folgender Stelle:

> Die politischen Ereignisse drängen schon in wenigen Wochen zu einer Entscheidung für uns in wichtigen Lebensfragen. Die bayerische Industrie muß für die kommenden Wirren finanziell gerüstet sein, um überall schnell eingreifen zu können, wo ihre Lebensinteressen es erfordern.

Die bayerischen Industriellen rechnen also auch mit einer nationalistischen Offensive, wovon es ja in den letzten Wochen schon mehrfach spukte und worüber Ende voriger Woche die „Leipziger Volkszeitung“ Auslassungen und Anweisungen veröffentlichte, die einen neuen Märzputsch als dicht bevorstehend erscheinen lassen. Nationalistische und kapitalistische Offensive zugleich — deutsche Arbeiter, rüstet zum Abbau der zweifachen Reaktion! Die Reichstagsdebatten von Ende Februar beim Ressort des Arbeitsministeriums, in deren Mittelpunkt der Lohnabbau und Attacken auf den Achtstundentag standen, bilden einen nicht minder dringlichen Mahnruf, und was auf der sächsischen Gewerkschaftskonferenz vom 6. März über weitere geplante Verschlechterungen der sozialen Rechte der Arbeiterschaft ausgeführt wurde, verdient ebenso ernste Beachtung.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat dann am 6. März in dem in vorletzter Nummer bereits gestreiften Artikel „Lohn- oder Preisabbau?“ Bekenntnisse gebracht, die denselben Faden weiterspinnen. In durchaus nicht zutreffender Weise wird da der „Nachweis“ geführt, daß die „hohen Löhne“ an allem schuld sind. Diese verteuern selbst die Rohstoffe, die eigentlich gar nicht erst produziert werden. Nicht der kapitalistische Gewinn, nicht der Kapitalzins, sondern die Löhne wirken am meisten preistreibend! Infolge der dauernden Lohnerhöhungen hätte auch der Preis unsrer Produkte den Weltmarktpreis erreicht und teilweise schon überschritten. Das ist eine noch handgreifliche Verdrehung. Es war im Anfang v. J. der Reichswirtschaftsminister Schmidt, der dringend vor dem Zuge zu dem Weltmarktpreise warnte, der auf die dann eintretende allgemeine Verteuerung hinwies und auch auf die unausbleiblichen Lohnbewegungen. Die profitlüsternen deutschen Unternehmer waren aber nicht zu halten, und nun wollen ihre journalistischen Sachwalter die Arbeiter verantwortlich machen für diesen kapitalistischen Grobfischzug, an dem man nun endlich die Kehrseite der Medaille entdeckt hat. Das ist skandalös! Der Artikelschreiber in der „D. A.-Z.“ hat gar schweren Zorn auf den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats, der einen Beschluß faßte, in dem es über die Unterkonsumtion und die Steigerung der Warenpreise heißt:

> Diese Steigerung hat ihre Ursachen im allgemeinen und in der Hauptsache nicht in der Höhe der tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter, sondern in erster Linie in den hohen Rohstoffpreisen. Neben ungerechtfertigt hoch erscheinenden Rohstoffpreisen kommen zum Teil übermäßige Fabrikations- und Handelsgewinne sowie unwirtschaftliche Produktions- und Vertriebsmethoden als erhebliche Ursache der überhohen Preise in Betracht.

Über „eine solche Auffassung als Urteil von Sachverständigen“ ist natürlich die „sehr geschätzte Seite“ der „D. A.-Z.“ einfach platt und der Reichswirtschaftsrat bekommt viel zu hören. Wie wir schon angedeutet haben, aber viel Unsinn. Das zeigt sich aus der Schlußfolgerung folgendermaßen:

> Aus alledem ergibt sich, daß zuerst ein Lohnabbau gefordert werden muß, wenn wir nicht auf dem verderblichen Wege noch weiterschreiten wollen.
>
> Nun sei zugegeben, daß bei den jetzigen Löhnen und Gehältern ein verheirateter Mann oder Angestellter mit Familie nur schwer existieren kann. Ich sehe daher den einzigen Weg, der zur Verbesserung unsrer Lage führen kann, in einer Verlängerung der Arbeitszeit.

Diese Sätze folgen in ihren tollen Widersprüchen unmittelbar hintereinander!

Am 13. März hat jedoch das Unternehmerzentralorgan einen Sammelruf erschallen lassen gegen die von der Entente drohenden Gefahren. Nach den schon gekennzeichneten Vorstößen, die soziale Reaktion zu mobilisieren, klingt es nicht vertrauenerweckend, wenn gesagt wird, jetzt sei kein Platz für Klassenkampf und Parteihader, für wilde Streiks und passive Resistenz. Geht das Schiff unter, so ertrinken wir alle zusammen, der Generaldirektor wie der Handlanger.

Der Reichsarbeitsminister hat jetzt die Verbindlichkeitserklärung eines für die Metallarbeiter in Sierlohn gefällten Schiedsspruchs abgelehnt, weil er zu weit geht und im gegenwärtigen Augenblicke nur Einschränkungen in den Betrieben zur Folge haben müßte; seine zwangsweise Durchführung liege also weder im Interesse der Allgemeinheit noch der Beteiligten selbst. Wir betrachten diese Sache nur als ein Symptom, denn ein Schiedsspruch kann in seiner Durchführbarkeit wohl Schwierigkeiten von vornherein befürchten lassen. Rechtsstehende Blätter feiern diese Ablehnung denn auch ganz richtig als das Bestreben, erneute Lohnforderungen an die Industrie fernzuhalten.

Die notwendige Rüstung

Die Wogen der Erregung über das völlig ungenügende Ergebnis der letzten Tarifbewegung beginnen sich allmählich zu verlaufen, dafür setzt sich die stille Empörung wohl in jedem Kollegen fest über das von krassestem Egoismus und brutalem Unternehmerinteresse beeinflußte Verhalten der Prinzipale. In vielen angenommenen Resolutionen ist der Verbandsvorstand aufgerufen worden, nunmehr sofort alle die Maßnahmen zu ergreifen, die, wie es z. B. in der Berliner Resolution heißt: „notwendig sind, um in Kürze das siegreich zu erreichen, was man uns jetzt in egoistischer Absicht verweigert". Nicht oft genug und mit eindringlicher Schärfe können diese Worte der Verbandsleitung zugerufen werden.

Was bedeuten sie und was wollen sie sagen? Sie bedeuten nicht mehr und nicht weniger, daß der Verbandsvorstand alle Maßnahmen schon jetzt treffen soll, die notwendig sind, um beim „nächsten Male" bei ebensolchem rigorosen Verhalten der Prinzipale mit kaltem Blute die Ultima ratio zu ziehen, also: den Streik vorzubereiten.

Bedarf es erst einer solchen Vorbereitung? Sind wir nicht jederzeit stark genug und gerüstet, in den schweren Kampf zu ziehen? Bei Beantwortung dieser Fragen bedarf es einer Trennung der Sache in zwei Teile, in den materiellen und ideellen Teil.

Die materielle Seite eines Kampfes ist in einer ganzen Reihe von eingesandten Artikeln im „Korr." von den verschiedensten Seiten beleuchtet worden. Man kann zu den verschiedenen Anregungen sich stellen, wie man will: eines ermangeln sie alle, nämlich, daß die Durchführung sich nicht ohne weiteres aus dem Ärmel schütteln läßt und unter Umständen die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit sie nicht genügend wirksam werden lassen wird. Ohne Zweifel bedeutet heute eine gute materielle Rüstung mehr als früher. Es dürfte aber zweckmäßig sein, über die Art und den Grad des Erreichten und Erstrebenswerten nicht so in der Öffentlichkeit zu verhandeln, sondern mit fertig ausgearbeiteten Programmen an den Verbandsvorstand heranzutreten und mit diesem gemeinsam zu raten und zu taten. Eines aber möge mit aller Deutlichkeit hervorgehoben werden: Die aus manchen Einsendungen herausklingende Befürchtung jetzigen völligen Ungenügens der materiellen Rüstung ist durchaus als irrig zu bezeichnen. Es kann und wird sich immer nur bei neuen Vorschlägen um eine Ergänzung der finanziellen Waffe handeln. Unsrer Organisation stehen Mittel zur Verfügung, die in Verbindung mit der ideellen Seite der Frage wohl als immerhin achtunggebietend bezeichnet werden müssen. In keinem der großen Wirtschaftskämpfe der letzten Jahre hat den Arbeitnehmern eine so große Ziffer zur Seite gestanden, wie es bei uns der Fall sein dürfte. Dazu kommt, daß ebenfalls bei keinem dieser Kämpfe die Struktur der Arbeitnehmerorganisation sich, ideell betrachtet, so günstig zeigte, wie es bei uns infolge der besonderen Eigenart unsres Gewerbes und des Aufbaues unsrer Organisation der Fall ist.

Damit sind wir bei dem ideellen Teile der Sache angelangt. Vom ideellen Standpunkte muß es betrachtet werden, was Kollege Massini in der letzten Berliner „Bock"-Versammlung sagte: „Bei Wasser und Brot müßte heute ein Kampf beinahe geführt werden." Wenn man das materiell betrachtet, erscheint es bitter; betrachtet man es dagegen vom Standpunkte des Idealisten, so erscheint es leuchtend, fast heilig, denn es zeigt die Konzentration der Energie, den Kampf unbedingt zum Siege zu geleiten. Um aber eine derartige Konzentration der Energie jedes einzelnen Kollegen auch mit Erfolg auszulösen, dazu bedarf es einer intensiven Propaganda aller berufenen Funktionäre des Verbandes. Ernsten Sinnes, fest entschlossen und aus eigner Überzeugung muß jedes Verbandsmitglied im gegebenen Moment in den Kampf treten. Ist das erreicht, ist die Schlacht schon dreiviertel gewonnen.

Der weitaus größte Teil unsrer Kollegen hat noch nie einen wirtschaftlichen Kampf in solchen Ausmaßen mit durchgefochten. Unternehmerköder und manchmal oft Charakterschwäche könnten bei nicht genügender Aufklärung Absplitterungen herbeiführen, die unsre Front durchlöchern. Auch die Ziele müssen fest umrissen dastehen. Üble Erfahrungen, die in letzter Zeit bei Wirtschaftskämpfen gemacht worden sind, bedingen dies ganz besonders. In diesem mit leider hoher Wahrscheinlichkeit kommenden Kampfe — wenn nicht die Prinzipalität völlig andern Sinnes wird — kann und darf es für uns nur rein wirtschaftliche Ziele geben. Die gewiß nicht von der Hand zu weisenden parteipolitischen Ziele auszufechten, wird und muß Sache der politischen Parteien sein und bleiben. Denn wir werden den Kampf um unsre wirtschaftliche Existenzmöglichkeit kämpfen, und da wir um diese alle ringen, werden wir auch eine geschlossene Masse bilden.

Wenn schon jetzt der Verbandsvorstand mit einer regen Propaganda für das zu erstrebende Ziel beginnt und unter der gesamten Mitgliedschaft des Verbandes Aufklärung über das eiserne Muß eines kommenden Kampfes verbreitet, so wird man im Prinzipalslager bestimmt mit dem Schlagworte der „systematischen Streikhetze des Verbandsvorstandes" hausieren gehen. Wenn das auch eine leere Phrase ist, deren Hohlheit den Prinzipalen am besten selbst bekannt ist, so muß man doch deren Wirkung auf außenstehende Kreise berücksichtigen. Dagegen aufzutreten, ist nur möglich, wenn schon jetzt in jeder uns zugänglichen Presse auf das starrköpfige Verhalten unsrer Arbeitgeber und seine unwiderruflich eintretenden Folgen hingewiesen wird.

Wird so seitens aller unsrer Organe und nicht zuletzt durch unausgesetzte Mundpropaganda der einzelnen klarsehenden Kollegen gegenüber noch nicht den schweren Ernst der Situation begriffen habenden Kollegen gearbeitet, wird schon jetzt, sofort, gearbeitet, dann werden wir den Kampf siegreich durchkämpfen oder aber die Prinzipalität wird sich ihres gefährlichen Spieles mit dem Feuer bewußt und wird uns ohne gewaltsame Kraftprobe das zugestehen, was wir unbedingt haben müssen, um wieder als Menschen existieren zu können. Tut sie das letztere nicht, so trägt sie die volle Verantwortung für alles Unheil, das dem deutschen Buchdruckgewerbe in absehbarer Zeit droht, denn wir, die Gehilfen, wir handeln in berechtigter Notwehr!

Berlin. P-r.

Zum Kampffonds!

Den Gedankengängen der beiden Artikel der Kollegen H. H. (Mainz) und Paleßki (Duisburg) müßte man im Prinzip zustimmen, wenn eine Frage, die ausschlaggebend und wichtig genug ist, erwähnt zu werden, etwas mehr behandelt wäre.

Es handelt sich nämlich um die Stellungnahme der Gesamtkollegenschaft zu den vorgeschlagenen Verbandsbeitragserhöhungen. Diese Frage ist sehr wichtig! Da liegt der Hase im Pfeffer. Schon jetzt vernimmt man Stimmen über Stimmen wegen des hohen Beitrags und des geringen Lohnes dazu. Es werden Parallelen gezogen zu andern Verbänden mit höherer Entlohnung und geringerem Verbandsbeitrag. Gewöhnlich sind es immer nur die Kollegen, die räsonnieren müssen, die man in den Versammlungen überhaupt nicht sieht; höchstens, wenn sie eine Sensation erwarten. Sie können dafür am Kasten um so besser schimpfen. Ihr gesunder Verstand sagt ihnen auch, daß es so ist, weil es nach den Umständen nicht anders sein kann.

Mich dünkt, eine Beitragserhöhung ist ein verfehltes Beginnen. Den Extremen gießen wir durch solche Maßnahme nur Öl ins Feuer. Nach den Erfahrungen mit dieser Richtung, die wir mit ihnen gemacht haben, verstehen sie es auch ausgezeichnet, diese Konjunktur für sich auszunutzen; sie würden sicher auch Erfolg haben und jubeln. Natürlich würden sie dadurch nur unsern Gegnern dienen, was diese wieder freudig akzeptieren würden. Es gibt ja leider noch so viel Indifferente in unsern Reihen, die überhaupt keinen Willen haben und für alles zu haben sind.

Und wie stellen sich die Kollegen zu der Erhöhung, die mit den Zeichen der Kriegsfurie, mit den heilsamen Wundenpflastern der Kriegsorden unsre freien Gewerkschaftsversammlungen besuchen und sich vielleicht später einmal, wenn die Arbeitnehmerschaft durch ihre Zerrissenheit tatsächlich einen Rückschlag erleiden sollte, als Spitzel der Prinzipalsorganisation entpuppen könnten?

Ich hätte daher einen besseren Vorschlag zum Kampffonds. Kollegen! Wir müssen alle dazu beitragen, den Indifferenten und noch Abseitsstehenden die richtige Erkenntnis zu injizieren. Erkenntnis ist die Hauptsache. Wir müssen ihnen allen das Gewesene, die Vergangenheit ihrer Sklaverei und ihrer jetzigen Fron klar und deutlich vor Augen führen; selbst auf die Gefahr hin, als Spinnkopf und dergl. zu gelten. Die Arbeitnehmerschaft vergißt zu schnell, sie läßt sich einlullen. Noch sind wir wie die Lämmer, die in Demut bis an ihr Ende ausharren. Wir müssen Charaktere werden durch die Weiterbildung und geistiges Rüstzeug sammeln, um zu jeder Zeit einen geistigen Kampffonds in die Schale werfen zu können. Der Geist und das Wissen gehen vor Geld! Streben wir danach, unser Wissen zu vervollkommnen; in dieser Beziehung sind die Bürgerlichen uns weit überlegen. Wie sagte doch Wilhelm Liebknecht: „Wissen ist Macht!" Das stimmt, Kollegen. Nur mittels einer wahrhaft durchgeistigten Arbeiterschaft kommen wir zum Ziele, das uns vorschwebt — zum Sozialismus. Das ist der beste Kampffonds!

Dessau. E. Schl.

Was ist zu tun?

Auch wenn die Revolution nicht gekommen wäre, würde die nächste Tarifrevision vor Probleme gestellt sein, die über den Rahmen der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckgewerbe weit hinausgehen und einen vollständigen Um- oder Neubau erfordern.

So die Einleitung in dem Vorwort in Schaeffers „Problem einer neuen Berufsverfassung". Knapp zwei Jahre waren es bei der letzten Tarifberatung, daß diese Zeilen niedergeschrieben worden waren, die sich mit der Ansicht des größten Teiles der Gehilfenschaft deckten. Stellen wir uns nun auf den Boden der Tatsachen, so finden wir, daß das Erreichte in gar keinem Verhältnisse steht zu den Hoffnungen, mit denen die Gehilfenschaft ihr entgegenging. Das festzustellen, wird immer wieder notwendig sein, um den Prinzipalen zu zeigen, daß die Gehilfenschaft dem Tarifgedanken Opfer gebracht hat. Diese Tatsache erfährt noch eine steigende Tendenz, wenn wir daran erinnern, daß nicht nur keine, auch nur einigermaßen ins Gewicht fallende Verbesserungen erreicht wurden, sondern teilweise Verschlechterungen in Kauf genommen werden mußten. Wenn die Gehilfenvertreter da und dort Konzessionen machten, so geschah es sicher aus der Erwägung heraus, daß bei kommenden Lohnverhandlungen die Prinzipale entgegenkommender sich zeigen würden und so im materiellen Teile des Tarifs das herausgeholt würde, was zu erreichen im wirtschaftlichen und sozialen Teile nicht möglich war. Die Vorkommnisse, wie sie sich dann im Dezember und Januar innerhalb der Tarifgemeinschaft abspielten, haben uns gelehrt, daß auch diese Rechnung falsch war. Von all den Wünschen nach einem Um- und Neubau der Tarifgemeinschaft wurde nichts verwirklicht.

In den Verhandlungen über die letzte Teuerungszulage hielt ein Gehilfenvertreter den Prinzipalen auch vor, daß man sich im Prinzipalslager im Oktober v. J. auf höhere Zulagen eingestellt hatte. Diese jemals wieder einzuholen, wird nicht gelingen, denn selten wohl war die Lage, Lohnforderungen durchzudrücken, in unserm Berufe günstiger als damals. Heute rächt sich die Nachgiebigkeit der Gehilfenvertreter und deren Glaube an die Einsicht der Prinzipale bitter. Des weiteren wurde von Gehilfenseite angeführt, daß die Forderung von 35 Mk. wöchentlich als Mindestforderung angesehen werden müsse; die ursprünglichen Forderungen gingen bedeutend weiter. Dabei wurde auch erklärt, daß dieselben eine Revision nach oben erfahren müßten, falls es notwendig sein sollte, außenstehende Kreise heranzuziehen.

Stellt man diesen Erklärungen das tatsächliche Ergebnis gegenüber, wäre man versucht, an Sinnengaukelei zu glauben, wenn man nicht selbst im Auditorium sitzen würde! Wo bleibt hier die Folgerung aus dem, was den Prinzipalen entgegengehalten wurde? Ich habe den Eindruck, der sich nach jeder Lohnforderung verstärkt, daß es hauptsächlich Schwierigkeiten finanzieller Natur sind und in der Hauptsache die Flüssigmachung unsres Verbandsvermögens betreffen, die als Gradmesser für unsre Vertreter in Frage kommen. Dann war es unklug, erst solche Thesen aufzustellen.

Ob der Weg einer weiteren Beitragserhöhung das Heilmittel für diese Zustände werden soll, ist nach den Erfahrungen billig zu bezweifeln. Sache der Verbandsleitung wird es sein, hier einen baldigen Ausweg zu finden, der allerdings ziemlich schwer zu finden sein dürfte, aber nicht in einer Beitragserhöhung enden darf.

Singen. E. Schw.

Wie lange noch?

Wieder liegt eine Tagung des Tarifausschusses hinter uns, sie brachte abermals größte Enttäuschungen. Man muß sich endlich fragen, wann soll es besser werden? Alle Proteste sei ens der Gehilfen sind vergebliche Mühe, und besonders die Gehilfen der Provinz werden wie lästige Außenseiter, wie das fünfte Rad am Wagen behandelt. Die Differenz des Lohnes eines Kollegen der Großstadt und eines Kollegen der Provinz erreicht bald die Höhe eines kleinen Wochenlohns. Jedoch, was haben die Gehilfenvertreter als Großstädter für Interesse an dem Wohl und Wehe der Provinzkollegen? Die Hauptsache ist, daß die Großstadt einigermaßen befriedigt wird — die Provinz ist harmlos; von dort aus passiert nichts.

Mit der abermaligen Zurücksetzung der Provinz scheint der Bogen jetzt aber überspannt zu sein. Nach genauen Erkundigungen sind Vergleiche angestellt zwischen der Lebenshaltung hiesigen Ortes (10000 Einwohner, billiger kleiner Ort) gegenüber einem Großstädtchen von [illegible] beim besten Willen zu keinem andern Resultat, als daß es hier noch teurer ist wie in der Großstadt. Der Händler und Kaufmann in der Kleinstadt verkauft seine Artikel wirklich nicht billiger, weil seine Kunden Kleinstädter sind.

Weshalb soll überhaupt der Gehilfe in der Provinz billiger arbeiten als der Gehilfe in der Großstadt? Von beiden wird doch die gleiche Arbeitsleistung verlangt. Im „Korr." ist schon mehrmals angeführt worden, daß der Provinzkollege doch eignes Land bebaue. Der Provinzkollege muß eben deshalb in seiner Freizeit Land- und Gartenarbeit verrichten, weil er sich finanziell viel schlechter steht wie alle andern Arbeiter und wie — die Kollegen der Großstadt. Wenn die Kollegen abends Nebenverdienst haben, so ist das kein Grund, dem Prinzipal seine Arbeitskraft billiger zu verkaufen. Nicht nur die krassen Lohnunterschiede der verschiedenen Orte, auch die Altersklassen sind unhaltbar. Der Sturm der Entrüstung der Klasse A ist zu verstehen.

Wieder muß man die Frage stellen: Weshalb soll ein jüngerer Kollege billiger arbeiten wie ein älterer Kollege? Für die geleistete Arbeit der jüngeren Gehilfen streicht der Prinzipal das gleiche Geld ein wie für die Arbeit der älteren Gehilfen. Das alte Lied geht also weiter, bis eine Zeit kommt, die für die Gehilfen „günstiger" liegt.

Der Gang der Tarifverhandlungen ist immer derselbe. So forderten die Gehilfenvertreter das letztemal 35 Mk. mit der Begründung, bei Ablehnung das letzte Mittel anzuwenden, und nach sechs Tagen kommt die „Einigung" in Form von 10 Mk. Damit das Ganze ein schönes Gesicht bekommt, heißt es nicht 10 Mk. pro Woche, sondern 130 Mk. in drei Raten. Das klingt „mehr". Darauf sind die Gehilfenvertreter hineingefallen.

Die Großstadt erhält wieder 5 Mk. mehr für die Straßenbahn, weil es eben Großstadt ist, und die Sache geht wieder weiter. Wir müssen warten bis zur „passenden" Zeit. Wie lange noch?

Husum. Fritz Keunecke.

Wir Provinzler

Als eifriger Leser des „Korr." lese ich Berichte über Berichte über die letzte Tagung des Tarifausschusses Wohl muß ich manchem Kollegen in seinen Ausführungen recht geben. Wir Provinzkollegen hatten uns diesmal auch mehr versprochen, als tatsächlich eintrat; da wir größtenteils nur mit dem blanken Minimum entlohnt werden und der Lebensunterhalt in der Provinz dem in den mittleren Städten gleichkommt. Diese Tatsache empfinden Kollegen am meisten, welche in der Provinz ansässig sind und von seiten des Prinzipals auf keine Sonder-

zuschüsse reflektieren dürfen. Wünschenswert wäre es, bei den nächsten Tarifverhandlungen über Lohnforderungen auch ein Augenmerk auf die Provinzler zu richten, da sie doch den Verpflichtungen dem Verbande gegenüber jederzeit nachkommen. Wir hoffen, daß die Stimmen der Provinzler auch Anklang finden.

Ilshofen. E. W.

Lohnklasse A an die Front!

Freudigen Herzens überfliege ich die Artikel meiner Leidensgenossen im „Korr."; der Kollegen, die wie ich der Lohnklasse A angehören. Doch ich muß gestehen, ich bin enttäuscht, wenn ich den Kern des Geschriebenen erfasse. Wohl sind wir schon ein Stück vorwärts gekommen; denn es ist ein Erfolg, daß man sich überhaupt rührt. Aber noch sind wir nicht dort, wo wir stehen müssen, wenn wir diese Zustände beseitigen wollen.

Meine Freunde, nicht durch schöne Phrasen, nicht, indem man die Proletarierverhältnisse aufrollt, und auch nicht dadurch, daß man auf die Gehilfenvertreter schimpft, können wir unsre Lage verbessern. Sondern nur dadurch, daß man einen wirklichen Weg sucht, der uns aus dem Chaos herausführt, nicht nur uns, sondern das gesamte Proletariat.

Kollegen, nicht dadurch, daß man sich mit den Unternehmern auf arbeitsgemeinschaftlichem Weg an einen Tisch setzt, um einige Mark Zulage herauszuholen, auch nicht durch örtliche Aktionen oder durch einen Buchdruckergeneralstreik wird die Lage unsrer Klasse gebessert, sondern nur der einheitliche Kampf des gesamten Proletariats gegen das Kapital ist in der Lage, uns Früchte zu bringen.

Kollegen, da ist es der „Offene Brief" der VKPD., der uns den Weg zeigt. Seid keine Parteigorillen, laßt euch auch nicht durch bestimmte Richtungen beeinflussen, denn bei dem immer fester werdenden Block des Kapitals ist heute unser höchstes Gesetz die Einigung des gesamten Proletariats. Kollegen, nochmals fordere ich euch auf, lest den „Offenen Brief", urteilt und handelt danach. Sind wir alle einig, dann ist unser Sieg gewiß!

Leipzig. Walter Reim.

Die Lokalzuschlagsfrage

In der Bekanntmachung des „Korr." Nr. 20 ist unter Punkt 3 über die künftige Reglung der Lokalzuschläge ausgesprochen, daß vor Schluß des ersten Quartals 1921 durch die Kreisämter eine Ortsliste aufgestellt wird, die der Kommission für Neureglung der Lokalzuschläge als Material dienen soll.

Nun ist die Frage für die Provinzkollegen wieder akut geworden: Werden wir bei der neuen Festsetzung das erhalten, was andre Orte schon jahrelang beziehen? Oder sollen wir auch diesmal wieder zugunsten unsrer Prinzipale zurückstehen? Vor mir liegen Zeitungsausschnitte aus München und Freising. München hat — mit Recht — 20 Proz. Zuschlag; durch Beschluß der zuständigen Wirtevereinigungen ist der Mindestpreis für Mittagstisch auf 6 Mk. festgesetzt. Freising hat 15 Proz. Zuschlag und verlangt für ständige Gäste 4,50 Mk. Schongau im Gebirgsvorlande verlangt von seinen Stammgästen 7 Mk. für Mittagstisch. Dabei ist der heutige Lohnunterschied von Schongau und München 63,50 Mk., von Schongau und Freising 47 Mk., ohne die Wirtschaftsbeihilfe mitzuberechnen.

Bereits im Oktober 1919 ging von unserm Ort ein Antrag an die Kreisamtssitzung auf Neueinführung eines Lokalzuschlags. Leider ohne Erfolg. Nun soll das Spiel von neuem beginnen. Landsberg a. L. hat 5 Proz., Kaufbeuren 2½ Proz., Garmisch 12½ Proz. Mit dieser weiteren Neureglung von 2½ Proz. verschone man die Kollegen endlich! Das gesamte bayerische Alpenvorland ist wegen der vielen Besucher bedürftig, einheitlich mit 10 Proz. Zuschlag belegt zu werden. Kurorte entsprechend mehr. Es wäre also für Südbayern sehr leicht möglich, mit drei Staffeln auszukommen.

Die Großstadtkollegen werden der Provinz noch dankbar sein, wenn sie durch ihr Eintreten für die berechtigten Interessen der Provinzkollegen den Drucksachenabwanderungen endlich Einhalt gebieten können. Es ist nicht zu wenig, was in der Provinz für die Großstadt gedruckt wird! Dann kann es nicht mehr vorkommen, daß ein Provinzbuchdruckereibesitzer seinen Vertreter in den „Münchener Neuesten Nachrichten" anzeigt und hinzufügt: „Wegen günstiger Lohnverhältnisse billigste Lieferung". Handelt es sich dann um Auszahlung eines Almosens zu den geringen Wochenlöhnen, dann soll es das Gewerbe nicht leisten können.

Provinzkollegen, heraus mit unsern Forderungen! Schluß mit dem 2½-Proz.-Unfug und dergleichen! An alle Gehilfenvertreter sei der Wunsch gerichtet, unser Tarifwesen endlich zu befreien von den Ungerechtigkeiten. Gleiche Leistung — gleicher Lohn, selbstverständlich angemessene Zuschläge für die größeren Orte. Adl.

Rundschau

Hermann Olberg †. In Berlin ist am 9. März der langjährige Beisitzer im Verbandsvorstande, der Setzerkollege Hermann Olberg, im 55. Lebensjahr an den Folgen eines Leber- und Gallenleidens im Krankenhaus als Junggeselle gestorben. Mit ihm ist ein wackerer Vertreter der Handsetzerkollegen im Verbandsvorstand aus dem Leben geschieden, der als stets zielbewußter Gewerkschaftler in allen Organisations- und Tariffragen in charaktervoller Weise seinen Mann stellte, dessen Urteil und Stellungnahme zu allen kritischen Zeit- und Streitfragen für das Wirken des Verbandsvorstandes von einflußreicher Bedeutung war; auch im Tarifausschusse vertrat er mehrmals mit großer Energie die Interessen der Gesamtkollegenschaft. Der Verstorbene war ein echter Berliner von altem Schrot und Korn. Seine Lehrzeit absolvierte er in der alten Druckerei der „Berliner Volkszeitung", deren Eigentümer damals der bekannte Politiker Duncker war, dessen Name noch heute die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine tragen. In jungen Jahren hat er oft wegen Arbeitsmangel zur Sommerzeit zum Wanderstabe greifen müssen, aber trotz der Entbehrungen war ihm seine Wanderzeit stets eine liebe Erinnerung geblieben. In mehreren Druckereien, in denen er später tätig war, hat er als Vertrauensmann die Interessen der Kollegen vertreten. Der Neunstundenkampf fand Olberg hervorragend für die Berliner Gehilfenschaft tätig, und lange Jahre später noch hat er oft in der sauren Gurkenzeit als Konditionsloser die Nachwirkungen zu spüren gehabt. Sein froher Lebensmut und Humor haben ihn jedoch diese Lebensmisere immer überwinden lassen. Freier Blick und eine jeder Phrase abholde Rede, die immer auf praktische Ziele gerichtet waren, sind die Gründe, daß die Berliner Gehilfen ihn zu den Verbandsgeneralversammlungen in Breslau, Hannover, Danzig und Würzburg als Delegierten wählten. Das Vertrauen seiner Kollegen rief ihn 1908 als Beisitzer unter Döblin in den Verbandsvorstand, ebenso zehn Jahre später unter Seitz 1918. In Köln und namentlich im Vorjahr auf der Nürnberger Generalversammlung war er als Vorstandsreferent in der Spartenfrage tätig, deren Lösung er sein ganzes Interesse zuwandte. Im Gauvorstand und im Berliner Schiedsgericht ist er gewiß einer der besten Vertreter für die Berliner Gehilfenschaft gewesen. In seiner letzten Kondition bei Ernst & Ko. hatte er über zehn Jahre den Vertrauensmannposten inne. Die neuste Zeit brachte ihm noch die Wahl zum Arbeiterrat für seinen Bezirk. Seit zwei Jahren versah er auch im Vorstande der Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe den Posten des Schriftführers. Einem weiteren Wirken für die neue Lehrlingsorganisation, in deren Leitung er ebenfalls berufen, hat nun der Allbezwinger Tod ein Ziel gesetzt. Froher Sinn und ein ehrlicher Charakter ermöglichten es ihm, mit Rat und Tat immer helfend einzugreifen. Sein burschikoser Humor, oft unbeabsichtigt, wird jedem, der mit ihm verkehrte, unvergeßlich bleiben. Für die Berliner Handsetzer war er stets der beste Vertreter. „Ein guter Mensch, ein braver Kollege ist mit ihm geschieden." Unvergessen wird sein Wirken stets vorbildlich für die Kollegenschaft bleiben. Ehre seinem Andenken!

Nachahmenswertes Beispiel. In Deutsch-Eylau zahlte die Firma Otto Eßner („Deutsch-Eylauer-Zeitung"), die ihrem technischen Personal vor kurzem erst eine Wirtschaftsbeihilfe in Höhe eines Wochenlohns gewährte, anläßlich der letzten Wirtschaftsbeihilfe für die Lohnklassen B und C auch den jüngeren Kollegen den gleichen Betrag. Sämtliche übrigen Angestellten wurden ebenfalls mit nennenswerten Beträgen bedacht.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Hamburg wurden die Kollegen P. Neumann, R. Perner, Fr. Runtzler sowie der frühere Kollege und jetzige Staatsbeamte H. Feser als Abgeordnete der hamburgischen Landesvertretung (Hamburger Bürgerschaft) gewählt. — In Wernigerode wurden die Kollegen Heinrich Kessel als Stadtrat und Franz Thormann als Stadtverordneter gewählt, ferner in den dortigen Kreisrat Kollege Max Otto; in der Nöschenröder Gemeindevertretung fungiert Kollege Mallin.

Wirtschaftsbeihilfe für Buchbinder. Auf dem Verhandlungswege verständigten sich die Vertreter beider Parteien im deutschen Buchbindergewerbe dahingehend, daß den über 21 jährigen Buchbindergehilfen in Buchdruckereien ebenfalls eine Wirtschaftsbeihilfe von 120 Mk. in den Ortsklassen V und VI, 150 Mk. in den Ortsklassen III und IV und 180 Mk. in der Ortsklasse II in je drei Raten für die Monate Februar, März und April gewährt wird. Für die Buchbindereiarbeiterinnen über 21 Jahre wurden Beihilfen von 65 bis 107,25 Mk. festgelegt.

Ein Konkurrenzparasit. Die Buchdruckerei Lang in Friedberg (Hessen) stellte den städtischen Voranschlag für 3000 Mk. fertig, während er von allen andern Buchdruckereien für 6000 Mk. und mehr kalkuliert war. Man fragt sich, wie ist bei einem solchen Preisangebote diese Arbeit fertigzustellen? Tag und Nacht wird in dieser Familiendruckerei mit Hilfe eines Lehrlings geschustert, und es ist bei dieser Firma üblich, daß alle Drucksachen 30—50 Proz. unter Tarif den Kunsttempel verlassen. Hoffentlich nimmt die zuständige Gewerbeinspektion diesen Betrieb einmal unter die Lupe und prüft nach, ob die bestehenden Verordnungen über die gesetzliche Arbeitszeit usw. eingehalten werden.

Opposition der Verleger der Fachpresse gegen den Druckpreisetarif. Laut Mitteilung der „Buchdruckerwoche" (Nr. 9 vom 3. März 1921) wird im Geschäftsbericht für 1920 des Verbandes der Fachpresse Deutschlands von dem Ausschusse für Buchdruckangelegenheiten eine scharfe Sprache gegen die Fachblattdrucker geführt und das Kundenschutzabkommen des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer als unsittlich und ungültig bezeichnet. Der Ausschuß beruft sich auf ein Urteil des Reichsgerichts vom 24. April 1918, worin es u. a. heißt: „Das betreffende Reichsgerichtsurteil verurteilt eine Knebelung der Interessen des Klägers durch den Beklagten infolge einer Handlung, die der Beklagte aus freien Stücken und in der Absicht, den Kläger zu schädigen, unternommen hat. Ob eine solche Absicht bei den Buchdruckern besteht, bedarf der Prüfung von Fall zu Fall. Jedenfalls ist die einst vorbildliche Tarifgemeinschaft angesichts der bestehenden Verhältnisse ein zweischneidiges Instrument, das Auftraggeber und Druckerei voneinander trennt und die weittragendsten Folgen haben kann." Dann heißt es in dem Geschäftsberichte weiter: „Zahlreiche Mitglieder unsres Verbandes klagten schon lange darüber, daß sie von ihren Druckern nach ihrer Ansicht übervorteilt würden. Der Verband hat durch seinen Ausschuß für Buchdruckangelegenheiten Fälle stärkster Ausnutzung der Hochkonjunktur, der Notlage und der Unerfahrenheit festgestellt. Die Mitglieder des Verbandes, von denen mehr als maximal 80 Proz. der tariflichen Höchstzuschläge verlangt wird oder denen, um die Höchstzuschläge zu verbergen, die Friedensgrundpreise über die Zuschläge hinaus erhöht wurden, wurden aufgefordert, sich mit der Beratungs- und Nachprüfungsstelle des Verbandes in Verbindung zu setzen. Der Ausschuß wurde ferner beauftragt, bei den zuständigen Stellen folgendes durchzusetzen: 1. Die bisher übliche diktatorische Festsetzung des Teuerungszuschlags, ohne die beteiligten Auftraggeber auch nur zu hören, geschweige denn mit ihnen zu verhandeln, muß unterbleiben. Es muß ein gangbarer Weg gefunden werden, um die bisherigen und künftigen Teuerungszuschläge auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und nach Möglichkeit durch Verhandlung denjenigen Zuschlag festzustellen, der seitens der Buchdruckereien dem Tarifamte vorgeschlagen werden soll. 2. Das innerhalb vieler Organisationen bestehende Schiedsgericht zur Durchführung des kollegialen Abkommens (geheimer Kundenschutz) bedarf einer Änderung, da es vielfach ausgenützt wurde, um unberechtigte Konjunkturgewinne einzustreichen. Der Kundenschutz in der jetzigen Form bedeutet eine unberechtigte Hochhaltung der Preise und verstößt gegen die Preistreibereiverordnung vom 8. Mai 1918." Ohne uns auf verschiedene Unrichtigkeiten dieser Behauptungen des Verbandes der Fachpresse gegenüber dem Druckpreisetarif näher einzulassen, möchten wir zunächst nur feststellen, daß dieser Verband von den Buchdruckereibesitzern, die den Mitgliedern des ersteren gegenüber als Lieferanten in Betracht kommen, ein Mitbestimmungsrecht bei deren Preisgestaltung fordert, während sie selbst als Verleger der Fachpresse, also ebenfalls als „Lieferanten", ihren Lesern und Inserenten kein andres Entgegenkommen hinsichtlich eines Mitbestimmungsrechts bezüglich der Bezugs- oder Inseratenpreise usw. einräumen, als ihnen die Buchdruckereibesitzer und Drucker der Fachpresse. Sowohl der Buch- und Zeitungsverlag (einschließlich des Fachpresseverlagsgeschäfts) sind bezüglich ihrer Rentabilität immer noch wesentlich besser daran als die reinen Lohndrucker. Und wenn es möglich wäre, etwas genauer in die „Geschäftsgeheimnisse" der Fachblattverleger einzudringen, so würden sich da jedenfalls noch ganz andre Resultate ergeben, die mit den Begriffen „unsittlich und ungültig" zu bewerten wären. Wir empfehlen also den Herren Fachblattverlegern, nicht so leichtfertig mit Steinen zu werfen, da sie selbst in einem sehr bedenklichen Glashause sitzen.

Buchgewerbliche Ausstellung in Hamm i. W. Wie uns mitgeteilt wird, findet in Hamm i. W. in der geräumigen Turnhalle der städtischen Oberrealschule in der Zeit vom 24. März bis 1. April eine größere Buchgewerbeausstellung statt, veranstaltet von der dortigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Gezeigt wird die Entwicklungsgeschichte des Buchgewerbes auf allen Gebieten, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Papier-, Farben-, Illustrations-, Druck- und Satztechnik, wie der modernen Reklame usw.

Zur Angelegenheit der Doktorernennungen durch die Washingtoner Universität. Die Notizen in Nr. 17 und in Nr. 22 bedürfen einer Ergänzung. Es ist uns nämlich Einblick in die Akten gegeben worden, und da stellt sich denn heraus, daß die zweite Notiz unzutreffend ist. Wir gingen dabei von einer uns zugesandten Notiz im „Münsterschen Anzeiger" aus, die an Hand einer auf Dr. Ernst Reclam (Leipzig) abhebenden Erklärung die Oriental University in Washington als eine sogenannte, gar nicht billig arbeitende Doktorfabrik erscheinen läßt. Die Ernennung unsres Kollegen F. W. Müller in Leipzig-Lindenau zum Ehrendoktor dieser Universität ist aber einwandfrei vor sich gegangen. Die Kosten sind im Gegensatze zu der aufgestellten Behauptung sogar niedrig: nur 90 Dollar (à 30 Mk.). Dagegen muß man sich sehr wundern, wie in den „Leipziger Neuesten Nachrichten" (22. Januar) die erfolgte Ernennung von Dr. Ernst Reclam zum Ehrendoktor durch diese Universität schwülstig für die Firma Philipp Reclam jun. fruktifiziert wird, während in dem gleichen Blatte vom 12. Februar in einer zweiten Notiz an dieser Universität nichts Gutes gelassen wird und von Dr. Reclams Ablehnung seiner Ernennung im gleichen Sinn Erwähnung geschieht. Man kann für diesen außerordentlichen Widerspruch vielleicht annehmen, daß die in Leipzig sehr orthodoxe Ärzteschaft dahinter steckt, weil sie gegen die Vertreter des Naturheilverfahrens immer noch die alte „Freundschaft" hegt.

Strafbarkeit der Arbeiter bei Überschreitungen des Achtstundentags. Nach dem „Reichsarbeitsblatte" vom 30. Januar 1921 (Seite 305) vertritt das Reichsarbeits-

ministerium wie früher so auch heute noch die Ansicht, daß der Wortlaut der Verordnung vom 23. November 1918 eine Anwendung der Strafbestimmungen auch auf die Arbeiter nicht hindere. Der Gedanke, neben dem Unternehmer auch den Arbeiter strafbar zu machen, sei keineswegs neu oder in völligem Gegensatze zu den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung. Es erscheine nur recht und billig, den durch die Gesetzgebung den Arbeitern gewährten großen Rechten auch gewisse Pflichten gegenüberzustellen und sie in geeigneten Fällen neben dem Unternehmer strafbar zu machen.

Verschiedene Eingänge

„Typographische Mitteilungen." Zeitschrift des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Sitz Leipzig. 18. Jahrgang, 1921. Heft 2. Postbezug vierteljährlich 5 Mk., unter Streifband jährlich 24 Mk. Einzelheft 2,50 Mk. Diese Zeitschrift erscheint am Anfang eines jeden Monats.

„Jungbuchdrucker." Zeitschrift für Lehrlinge im deutschen Buchdruckgewerbe. Herausgegeben vom Bildungsverbande der Deutschen Buchdrucker. Nr. 2. Februar 1921. Der „Jungbuchdrucker" erscheint jeden Monat; Bezug kann mit jedem Vierteljahr beginnen. Der Postbezugspreis beträgt für das Vierteljahr 2 Mk. Einzelheft 1 Mk. Alle Zuschriften für Verlag und Redaktion sind an die Geschäftsstelle in Leipzig, Salomonstraße 8 (Mittelgebäude) zu senden.

„Chemisch-technische Winke für Buch- und Steindruckereien." Herausgegeben von dem Laboratorium der chemischen Fabrik Gustav Ruth, Wandsbek-Hamburg. Der Inhalt stellt im wesentlichen eine Beschreibung der Anwendungsarten der Erzeugnisse der Firma dar, wobei jedesmal in sachmännischer Weise auf die vielen Schwierigkeiten des Druckes hingewiesen und das Mittel zur Überwindung gezeigt wird. Angefügt ist ein Fragekasten mit Antwort. Allen Kollegen, die sich auf das Verbandsorgan beziehen, schickt die Firma Gustav Ruth, Wandsbek, Feldstraße 136/142, das Büchlein kostenlos zu.

„Worte zur Verdeutschung der Fachausdrücke." Das Büchlein, das vom Verein Deutscher Schriftgießereien (Leipzig, Nürnberger Straße 48) herausgegeben und zum Preise von 2 Mk. zu beziehen ist, bezweckt, die fremdsprachlichen Fachausdrücke im Buchgewerbe, hauptsächlich auf dem Gebiete des Schriftenmaterials und seiner Maße, zu verdeutschen. Wir empfehlen allen fachtechnischen Fortbildungskreisen dieses Büchlein besonderer Berücksichtigung.

„Sozialistischer Erzieher." Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Österreichs. Nr. 7. 2. Jahrgang. Bezugspreis vierteljährlich 7,50 Mk., ohne Bestellgeld. Verlag „Der Sturm", Berlin W 9, Potsdamer Straße 134a.

„Die Glocke." Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Nrn. 46 u. 47. 6. Jahrgang. 2. Band. Preis 1,50 Mark. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Lichtstrahlen." Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Borchardt. Nr. 10. 6. Jahrgang. 1921. Erscheint Mitte jeden Monats. Preis 1,20 Mk. Verlag der „Lichtstrahlen", Berlin-Lichterfelde, Hedwigstraße 1.

Briefkasten

F. F. in S.: Werden beschleunigen; danken für freundliche Begleitworte. — F. B. in N.: Warum solche Themen nur so kurzfristig behandeln und dann auch erst im letzten Augenblick einsenden, wo die Redaktion zur Gauvorsteherkonferenz abreist; wollen sehen, was sich noch machen läßt. — A. L. in B.: Vielen Dank! Ein guter Liebesdienst aus traurigem Anlasse. — M. P. in B.: Nun ist die Berliner „Junggesellenfraktion" doch Ihres treuen Führers Hermann Olberg schnell beraubt worden — das ging auch über unsre Befürchtung! — K. in N.: Uns scheint nun noch mehr der Zweck der Übung klarzuliegen. — G. K. in C.: Über stilechten Gruß herzlich gefreut. — P. K. in F.: 1. Ihr langes Schreiben hat auf uns nicht überzeugend gewirkt. Wie der „Korr." auf dem Damm ist, können Sie sogar in der „Roten Fahne" anerkannt finden. Lesen Sie in der Morgenausgabe vom 11. März (Beilage) die Notiz über „Die angekündigte Unternehmeroffensive und die Gewerkschaftspresse". 2. Zu dem aufgeklebten Ausschnitt ist zu sagen, daß jene Firma keine Buchdruckerei ist. — Fr. Th. in Kbg.: Bestätigen Eingang; kann jedoch erst nach der Gauvorsteherkonferenz Aufnahme finden, da ältere Eingänge nicht mehr länger zurückgestellt werden können. — Th. B. in Bonn: 8 Mk.

□□□□ Verbandsnachrichten □□□□

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Hamburg-Altona. Nachstehende Kollegen werden ersucht, ihre Reste bis zum 26. März d. J. zu regeln, widrigenfalls Ausschluß erfolgt: W. Dachert (Hauptbuchnummer 17075), Hans Dührkop (102053), P. Hoffmann (26614), Henry [illegible]ohrs (54076), Otto Kremer (17759), H. Lindenberg (83426), Oskar Riesland (17826).

Kassel. Der Setzer Leopold Schlesinger aus Ban (Hauptbuchnummer 30801) wird ersucht, seine Adresse umgehend nach hier, Buchdruckerverbandsbureau, Spohrstraße 6, zu übersenden zwecks Nachsendung von Post.

Adressenveränderungen

Neustadt (Orla). Vorsitzender: Valentin Frank, Brauhausgasse 1; Kassierer: Alfred Höfer, Orlagasse 21.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

Im Gau Mittelrhein der Setzer Jakob Fertig, geb. in Bensheim 1896, ausgel. das. 1914; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Conradi in Mannheim, U 2, 9.

Versammlungskalender

Breslau. Die für den 20. März angesetzte Versammlung findet Sonntag, den 3. April, im „Gewerkschaftshause" statt.

Dresden. Stereotypeur- und Galvanoplastikerversammlung Sonnabend, den 19. März, abends 7 Uhr, in „Schnadts Gasthaus", Kleine Plauensche Gasse 2 I.

Elberfeld. Maschinensetzer-Generalversammlung (Bezirk Barmen-Elberfeld) Sonntag, den 20. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal Tüffers, Barmen, Alter Markt.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister

Am Sonnabend, dem 9. April, im Weißen Saale der „Neuen Welt", Neukölln, Hasenheide 108/114:

25. Stiftungsfest

Konzert — Vorträge — Ball

Mitwirkende: Albert Massini (Festrede), Melitta Kiefer vom „Berliner Theater", Johannes Scheurich vom „Deutschen Opernhaus", Berth. Reissing vom „Berliner Theater", Mary Zimmermanns Kinderballett, Georg Reiselli von den „Elite-Sängern", „Typographia".

Karten à 3 Mk. einschl. Steuer und Tanz bei allen Vorstandsmitgliedern sowie im Restaurant Hennig S 14, Alexandrinenstraße 44, erhältlich.

Alle Kollegen, Freunde und Gönner ladet herzlichst ein [556

Die Vergnügungskommission.

Brandenburgischer Maschinensetzerverein □□ Berliner Korrektorenverein

Sonntag, den [illegible] März, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus", Ohmstraße 2: [542

Gemeinsame Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Paul Gebhardt, Geschäftsführer des Bundes für deutsche Schrift, über: „Herkunft und Bedeutung der deutschen Schrift" (mit Lichtbildern). 2. Vortrag des Kollegen Fritz Oberüber: „Quer durch die deutsche Sprache".

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwarten Die Vorstände.

„Typographia" Wesel 1896

Gelegentlich eines Ausflugs der Vereinsmitglieder usw. im Sommer 1896 „Wesel—Kleve—Emmerich—Wesel" wurde vereinbart, nach 25 Jahren (1921) die Adressen der Teilnehmer gegenseitig bekanntzugeben zwecks eventuellen Wiedersehens. Um Erfüllung dieses Wunsches wird gebeten. Unterzeichnete vermitteln. [543

Alfred Menzel, Buchdruckereibesitzer, Berlin-Neukölln, Münchener Straße 46 (Telephon: Neukölln 9207).
Heinrich Kanders, Geschäftsführer i. Fa. Buchdruckerei Albert Löwenthal, Berlin NW 52, WilsnackerStraße 1 (Telephon: Moabit 8874).

Wir offerieren u. a. neben Erneuerung kleiner Schieber usw. unter Garantie größter Haltbarkeit autogene Schweißung zerbrochener

Ausschließkeile

Montage an Setzmaschinen

bzw. Installation bei Lokalwechsel usw. in- und außerhalb durch — — — allererste Kräfte. Kostenanschläge einfordern. — — —

Bewegliche u. unbewegliche **lange und kurze Finger** Eigenes Fabrikat!

Georg Grünewald, Berlin NW 21, Lübecker Straße 30.
Präzis.-mechanische Werkstätten und Autogene Schweißanstalt.

Stenographische Höchstleistungen erzielt man durch Benutzung meines Kurzverfahrens nach Stolze-Schrey. Zahlr. Anerkennungen. Preis 5 Mk. franko (Postscheck Leipzig 101345.)
553] Verlag A. Stöldt, Erfurt, Langebrücke 33.

Tüchtiger
Galvanoplastiker und Stereotypeur
findet dauernde Stellung bei R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz 3.
537]

Zwei Typographsetzer
langjährige Praxis, flott und korrekt, gute Maschinenkenner, suchen sich in gutbezahlte, dauernde Stellung in Berlin zu verändern. [558
Wamp, Neukölln, Ohe-straße 41.

Tüchtiger, zuverlässiger
Typographsetzer
mit längerer Praxis für Modell B sofort gesucht. [557
Hermann Kampen, Hamburg 22, Berthastraße 6.

Monotypegießer
der an selbständiges sauberes Arbeiten gewöhnt ist, sucht in dauernde Stellung
G. Kreysingsche Buchdruckerei, Leipzig.

Schweiz!
Wir suchen zum baldigen Eintritt tüchtigen, in allen die Branche betreffenden Arbeiten durch und durch bewanderten [illegible] als
Vorsteher
unserer Messinglinienabteilung. Wir reflektieren nur auf ganz tüchtige Kraft mit langjähriger Praxis. [547
Offerten unter Einsendung der Zeugnisabschriften sind zu richten an die Haas'sche Gießerei, Basel.

Tüchtiger [552
Zurichter
für Foucher-Maschinen sofort in Dauerstellung bei hohem Lohne gesucht.
Wilhelm Woellmers Schriftgießerei, Berlin SW 48, Friedrichstraße 226.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
Justierer [522
Fertigmacher
Schriftgießer
Ludwig & Mayer, Frankfurt a. M.

Welcher Kollege in Breslau oder Liegnitz
tauscht mit Kollegen in Gleiwitz vor oder nach der Abstimmung angenehme Stellung? [559
Gefl. Offerten zwecks Verbindung erbeten an
W. R. Mrosek, Gleiwitz, Am Adler 6.

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [81
Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

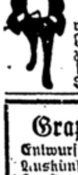
Leitfaden zum Ausbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Tiegel, geb. postfr. 3,50 Mk.
Ratgeber z. Einstellung des Universal-Bogenzuführers auf alle Papierarten, postfr. 2,50 Mk. b. Voreinsd.
Werkzeuge für Drucker. Prospekte postfrei.
M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9.

☞ Einzahlungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 61328

Klaue
ff. emailliert 4,75 Mk.
Verbandsnadel
fünffarbig, mit den Buchstaben „V. d. D. B." 5,75 Mk.
Seidenband
fünffarbig, Meter 2 Mk.
Verlag d. B.-V. d. D. B. / GmbH.
Leipzig / Salomonstraße 8 III
Postscheckkto. 53430 / Fernruf 12789

Mehrere Jahrgänge
„Buch- u. Steindrucker"
(1—7 und 9—11) billig zu verkaufen. Gefl. Offerten unter Nr. 560 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Setzregale und Kästen
sowie Formregale, [illegible], Walzen- und Farbenschränke, Satzbretter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager [82
Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.



Elegante
Herrenanzüge
Ulster, Paletots
verk. wieder zu sehr bill. Preisen. Für Nichtpassendes sende Geld zurück. Verlangen Sie gratis u. frei Katalog Nr. 12. Versandh. J. Kalter, München, Tal 19.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Ich zahle 3 Mk. monatlich
und bestelle bei
C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde
Marlitts Romane 10 Bände **35 Mk.**
Billigste Ausgabe.
Anzeige mit Adresse einsenden

Diese Preise noch kurze Zeit gültig!
Jules Vernes Werke
25 verschied. Bände, geheftet für 125 Mk.
Abzahlung 12,50 Mk. monatlich
Dumas Weltromane
9 Bände elegant gebunden 180 Mk.
Graf v. Monte Christo — Totenhand — 3 Musketiere — 20 Jahre nachher — 10 Jahre später — Der Herr der Welt — Halsband d. Königin — Joseph Balsamo — Kameliendame
Abzahlung 18 Mk. monatlich
C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene
Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Schlips- u. Verbandsnadeln
Werkzeugkasten verschließbar sow. sämtl. Werkz. für Maschinenmstr. u. Setzer empf. i. best. Qual. Kollege Max Voigt, Leipzig-Stötteritz, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis. [551

Von den während der „Bugra" 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem
Verbandsmonument
ist noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Iris- und Tiefdruck) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 10 Pf.).
Gegen Voreinsendung des Betrags auf unser Postscheckkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von
Geschäftsstelle des „Korr.".

Preise noch kurze Zeit gültig!
10 Bde. Weltromane nach Wahl
elegant geb. für 200 Mk.
20 Mk. monatl. Abzahl. gestattet!
1. Bulwer, Pompeji; 2. Flaubert, Madame Bovary; 3. Sienkiewicz, Auf dem [illegible] Quo vadis? 6. Maupassant, Zur linken Hand; 7. Dumas, Kameliendame; 8. Auerbach, Barfüßele; 9. Zola, Nana; 10. Tolstoi, Anna Karenina; 11. Dostojewsky, Brüder der Karamasow; 12. Sue, Der ewige Jude; 13. Die Geheimnisse von Paris; 14. Wallace, Ben Hur; 15. Hugo, Glöckner von Notre Dame. Ferner:
Recliffe, Nena Sahib
2 Bände geb. 50 Mk.
Monatsraten 5 Mk.
C. H. Otto & Ko., Berlin-Lichterfelde.

Rotationsmaschinenmesser
schärft
Ludwig Mortensen, Düsseldorf, Jordanstraße 7. [542

Tüchtiger
Monotypegießer
guter Maschinenkenner, langjährige Praxis, in ungekündigt. Stellung, wünscht sich in dauernde Position in Leipzig zu verändern. Gefl. Angebote unt. A. B. 544 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Auszeichnungsschriften
auch einige Regale suchen wir zu kaufen.
Angebote an [550
Peter W. Nacken Nachf., Köpenick.

Am 7. März verstarb nach längerem Leiden infolge Bleivergiftung unser lieber Kollege

Adolf Schuch

aus Godesberg, kurz nach Beendigung seiner Lehrzeit. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Bezirksverein Bonn.
Ortsverein Godesberg.

☞ Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoersparnis wegen den Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnotgeld.
Geschäftsstelle des „Korr.".

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Schaeffer in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 1411). — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzusenden.

Beilage zu Nr. 31 — Leipzig, den 15. März 1921

Redaktionsschluß: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Falsche Tarifgemeinschaftskritik

Wieviel auch an der Tarifgemeinschaft in ihrer materiellen Bedeutung für die Gehilfenschaft auszusetzen sein mag, wenn der Verfasser des nachstehenden Artikels eine zustimmende Hörerschaft finden würde, stände es schlimm um unsre Lage. Es ist für unsre Tage ein sehr bedenkliches Zeichen, daß die neuen Wegbereiter oft sich nicht im geringsten über die alten Wege aussprechen, die sie in Grund und Boden verdammen. Gerade aus der Vorkriegszeit und aus der Zeit vor 1896 noch mehr müssen wir wissen, wie die Entwicklung des Tarifwesens gegangen ist. Kollege Engelmeier (Berlin) hat in seinem Artikel (in Beilage zu Nr. 23) durchblicken lassen, daß Buchdrucker auch in der Allgemeinen Arbeiterunion, also bei den Syndikalisten, wären. Die Ausführungen des Kollegen Spielhoff klingen uns recht unionistisch.

In Schonung des Raumes wollen wir die entschiedene Abweisung dieses Standpunktes nur damit begründen: Kollege S. bewegt sich im Zeichen des Krebses, d. h. er will zur tariflichen Dezentralisation zurück. Was bei örtlichen oder bezirklichen Verhandlungen — warum überhaupt noch an den Verhandlungstisch setzen, warum nicht einfach diktieren? — herauskommen könnte, läßt sich ungefähr ermessen nach den bei der Verbandsleitung zu Tarifausschußsitzungen immer eingehenden materiellen Anträgen. Auch zur Februartagung waren die Abweichungen wieder unglaublich mannigfaltig und groß. Wenn die Spannung zwischen höchster und niedrigster Ortsstaffel jetzt unbedingt zu hoch ist — es gibt in andern Gewerkschaften indes Gleichnisse —, nach dem System Spielhoff würde sie hernach noch größer werden und sich dadurch von selbst noch eine größere Differenzierung bei den Lokalzuschlägen ergeben. Um das Maß der Verkehrtheit voll zu machen, mühte S. noch die Form der Betriebsorganisation in Empfehlung bringen. Da wäre man doch an gar nichts mehr gebunden, wohl aber könnte der Unternehmer dann mit seinen Arbeitern spielen.

Kollege Spielhoff hat Bundesgenossen in der Prinzipalität von früher. Als am 10. März 1872 die Prinzipalstagung in Eisenach im Prinzip den Aussperrungsbeschluß faßte, geschah es, um die von unsrer Organisation seit 1865 (Leipziger Kampf mit zweifelhaftem Ausgange) betriebene Vereinheitlichung der Tarife zu Fall zu bringen. Die am 8. März 1873 erfolgte Aussperrung von 2000 Verbandsmitgliedern in Deutschland war der letzte Widerstand von Prinzipalsseite gegen den Reichstarif. Die Gehilfenschaft blieb Sieger in diesem Kampfe. So ungünstig die Meinung der Kollegenschaft nach der Niederlage im Neunstundenkampfe 1891/92 auch über die Tarifgemeinschaft war, als vom 21. Februar 1896 an, von Leipzig ausgehend, die Parole zu einem neuen Vertragsverhältnisse mit der Prinzipalität ausging, da ist es keinem Gehilfen eingefallen, nach Ortstarifen zu verlangen. Warum nicht? Weil die eigentlich tariflose Zeit von 1892 bis 1896 örtlich tarifliche Verhältnisse geschaffen hatte, die überall so schlimm waren, daß alles mit Macht aus ihnen hinaustrebte. Noch auf einer in Bromberg am 9. März 1902 abgehaltenen Bezirksversammlung wurde festgestellt, daß in Thorn bei 29 Gehilfen 35 Lehrlinge vorhanden waren. Die Prinzipale hatten die tarifliche Ungebundenheit stark ausgenützt! Deshalb wurden auch am 11. März 1896 in Leipzig von einer Konferenz zwischen beiderseitigen Organisationsvertretern in schweren dreizehnstündigen Verhandlungen (Döblin, Eisler, Massini, Niedel, Gasch) die Grundlagen zu der neuen Tarifgemeinschaft in vollstem Einverständnisse der Allgemeinheiten hüben und drüben im zentralen Sinne ausgearbeitet. Die Nürnberger Generalversammlung 1920 hat, obwohl gegen die Tarifgemeinschaftspolitik gar mancherlei aufgefahren wurde, eine für die zentrale Regelung sich erklärende Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Maßgebende Gründe hierfür waren die Erfahrung und auch die Überzeugung, daß der sich immer mehr zentralisierenden Macht des Unternehmertums eine ebenso einheitlich organisierte Arbeiterschaft gegenübergestellt werden muß, daß aber diese Einheitlichkeit geschwächt wird, wenn die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in viele Einzelkämpfe zersplittert und oft allzu engen örtlichen Schwankungen preisgegeben wird.

Wenn Kollege Spielhoff in Unkenntnis oder in Verkennung aller dieser Dinge und Vorgänge seinen Standpunkt dahin verstanden wissen will, daß unter bestimmten Verhältnissen auch örtliche, aber von der Verbandsleitung geführte Aktionen zulässig sein mögen, um sozusagen mit einem zu starren System zu brechen, dann könnte er mit einer solchen Meinung wenigstens das erreichen, daß man ihn hier und da für einen Neuerer halten würde. So aber macht er sich nur zum Bundesgenossen der Provinzopposition der Prinzipale, und was die will, ist wahrhaftig nicht im Interesse der Gehilfenschaft gelegen.

Auch stimmt es gar nicht, was über die immer größere Abwendung andrer Arbeiterkreise von den Reichs- und Landestarifen gesagt wird. Das genaue Gegenteil ist zutreffend, wie schon aus der in Nr. 25 erschienenen Notiz „Enorme Fortschritte des Tarifvertragwesens" hervorgeht. Sobald die Tarifstatistik für 1919 vollständig vorliegt, wird das einzeln nachzuweisen sein. Für diesmal genügt die Gegenüberstellung, daß im Jahre 1913 überhaupt nur 11 Reichstarife bestanden, daß aber im Jahre 1919 allein 58 Reichstarife für rechtsverbindlich erklärt wurden. Das von dem Kollegen S. erwähnte Beispiel von den sächsischen Glasern ist so auch nicht richtig. Der im Mai 1920 geschaffene Landestarif ist von den Innungsmännern gekündigt worden, weil diese daran gar keinen Geschmack finden konnten, einen Schiedsspruch ablehnten und wegen einer Lohnzulage von 30 Pf. ihre Arbeiter sechs Monate lang hinhielten. Auf einer am 5. Dezember v. J. in Leipzig abgehaltenen Konferenz zwischen beiderseitigen Vertretern wurde von Arbeiterseite den Innungsleuten gehörig der Kopf gewaschen und unter ausdrücklicher Feststellung, daß „die Innungen keinen Landestarif haben wollen" (Glaserzeitung Nr. 50 von 1920) mit solcher „Schindluderpolitik" Schluß gemacht. Darauf sollte es mit örtlichen Verhandlungen versucht werden. Spielhoff weiß auch nicht, daß vor etwa zwei Jahren den organisatorisch wie redaktionell von Unabhängigen geführten Schuharbeitern die Notwendigkeit eines Reichstarifs mit Argumenten beigebracht wurde, wie sie namentlich für die kleinen Provinzorte gar nicht überzeugender sein konnten. Soeben haben 30000 Herrenkonfektionsarbeiter in Deutschland vier Wochen lang gestreikt zur Herbeiführung eines Reichstarifvertrags. Wie rückständig muß diese Arbeiterkategorie dem Kollegen Spielhoff wohl erscheinen?

So ist also der nachstehende Artikel „Zum Tarifproblem im Buchdruckgewerbe" schon von seiner Überschrift angelegen ein Rundlauf von Irrtümern und falschen Vorstellungen, wie man ihn nicht alltäglich erleben kann.

Zum Tarifproblem im Buchdruckgewerbe

Unsre jetzige Tarifgemeinschaft hat es nun auf ein Alter von 25 Jahren gebracht, aber selbst der eingefleischteste Bestürworter derselben wird zugeben müssen, daß wir im allgemeinen nicht sonderlich gut damit gefahren sind. Von der Vorkriegszeit, in der auch vieles in unserm Gewerbe im argen lag sowohl in puncto Lohn wie auch in den meisten andern Punkten — denken wir nur an die Lehrlingszüchterei — wollen wir einmal ganz absehen. Wenn man aber unsre Lage während des Krieges betrachtet, so muß jeder denkende Kollege, der Solidaritätsgefühl besitzt, ein Grausen ankommen ob der schmählichen Bedingungen, zu denen wir gezwungen waren zu arbeiten. Es soll hier nicht weiter untersucht werden, inwieweit wir, sowohl Gehilfenvertretung wie Kollegenschaft, daran schuld waren, da eine solche Untersuchung jetzt doch nichts mehr fruchten kann. Das eine aber steht fest: ein groß Teil der Schuld an unsrer geradezu unglaublichen Lage während des Weltkriegs trifft die Tarifgemeinschaft.

Eine Tarifgemeinschaft, wie sie seither bei uns bestanden hat und leider noch besteht, ist für das arbeitende Buchdruckervolk gar sehr vom Übel und liegt mehr im Interesse der Unternehmerschaft, wie wir gleich sehen werden.

Vor allen Dingen ist ein Reichstarif unsern Interessen nicht förderlich. Das ist die Meinung eines großen Teiles der Gewerkschaften, wie des arbeitenden Volkes überhaupt. Erst kürzlich ist der Landestarif im Glasergewerbe im Freistaat Sachsen gefallen und an dessen Stelle sind örtliche Tarife getreten. Aus welchem Grunde lehnt die klassenbewußte Arbeiterschaft im großen und ganzen Reichs- und Landestarife ab? Der Gründe hierfür sind verschiedene und sehr schwerwiegende. Einmal ist der Apparat (Tarifamt, Tarifausschuß usw.) viel zu schwerfällig; eine Übereinstimmung in allen Tariffragen, vor allen Dingen bei Festsetzung der Löhne, ist sehr schwer zu erreichen. Desgleichen lähmt die große Zahl der Vertreter und der hinter ihnen stehenden Kollegen die Schlagkraft bei jedem Versuche, die Lebensbedingungen der Gehilfenschaft zu heben. Es liegt doch klar auf der Hand, daß bei dem jetzigen Zustand ein einheitlicher, kraftvoller Widerstand gegen das unsoziale Verhalten der Prinzipalität sehr viel schwerer zu erreichen ist als bei örtlichen oder bezirksweisen Verhandlungen.

Wenn mir da entgegengehalten wird, durch geschlossenes Zusammenstehen der Kollegenschaft im ganzen Reiche könnten wir viel mehr für die Provinzdruckorte herausschlagen, so weise man doch einmal die Erfolge auf, die durch die bisherige Taktik erzielt worden sind. Gerade die Kollegen in der Provinz mit keinem oder nur wenigen Prozent Lokalzuschlag sind ja immer sehr erbaut über die riesigen Teuerungszulagen, die ihnen von der famosen Tarifgemeinschaft dargeboten werden. Ein Tarif mit sage und schreibe elf Staffeln, wo zwischen der höchsten und niedrigsten Staffel eine Lücke von fast 100 Mk. klafft, ist eben ein Unikum und einfach nicht zu überbieten. Gäbe es den Buchdruckerreichstarif nicht, und hätten wir Orts- und auf dem flachen Lande etwa Bezirkstarife, so würden nicht nur die Kollegen in der Provinz, sondern die Gesamtkollegenschaft des Reiches besser dastehen. Gerade bei örtlichen bzw. bezirksweisen Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen kann ein ungleich größerer Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden, weil doch zu bedenken ist, daß dann auch hinter örtlichen Aktionen die ganze Macht unsres Verbandes in jeder Beziehung steht. Dies wissen die Prinzipale auch sehr gut. Darum eben ihre Anstrengungen um Beibehaltung der Tarifgemeinschaft in ihrer jetzigen Form.

Abschaffung der Tarifgemeinschaft heißt nicht tariflose Zeit, sondern eben Umformung in dem oben angegebenen Sinn. In Versammlungen wird von unsern Gewerkschaftsführern oft gewarnt vor einer gründlichen Reform unsres altersschwachen Tarifgebäudes mit dem Hinweis auf das dann entstehende Chaos. So ist die Sache aber nicht aufzufassen. Es handelt sich hierbei nur um einen Bluff der Verbandsfunktionäre. Vor Ablauf unsres jetzt bestehenden Tarifs wären selbstverständlich im ganzen Reiche durch örtliche bzw. bezirksweise Vereinbarungen neue Tarife abzuschließen, welche dann automatisch an Stelle des alten untauglichen Reichstarifs treten.

Eine solch vollständige Umgestaltung unsres ganzen Tarifwesens würde selbstverständlich viel Arbeit und Mühe verursachen. Hoffentlich werden alle Verbandsfunktionäre diese Mühe im Interesse aller Kollegen gern auf sich nehmen, wie man auch von allen Kollegen erwarten sollte, daß sie für die Durchführung dieser nur zu notwendigen Reform mit aller Kraft sich einsetzen möchten.

Vorläufig können wir auf die Hilfe des Staates in der Frage der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht hoffen. Darum arbeitendes Volk, hilf dir selbst! Auf zur Tat! Aber vor allen Dingen sei und bleibe einig!!!

Berlin-Reinickendorf. R. Spielhoff.

Das Wohnungselend und der Wille zur Abhilfe

Staat und Gemeinde, Kommunalpolitiker, Mieterorganisationen und nicht in letzter Linie gewerkschaftliche und politische Organisationen sowie Baugenossenschaften sind nach Kräften bemüht, die gegenwärtig brennendste aller wirtschaftlichen Fragen, die Wohnungsfrage, zu lösen. Aus einer Statistik über die Bautätigkeit im Sommerhalbjahr 1920 geht hervor, daß in 47 von dieser Statistik erfaßten Städten mit über 100000 Einwohnern und in 28 Städten mit je 50000—100000 Einwohnern im Sommer des verflossenen Jahres insgesamt 6051 neue Häuser gebaut worden sind, wovon aber nur 3827 als Wohnhäuser in Betracht kommen. In den 75 Berichtsstädten wurden einschließlich Umbauten und Notwohnungen 13678 Wohnungen mit 50730 Wohnräumen geschaffen. Gewiß eine ansehnliche Zahl; im Verhältnisse zu den Wohnungsuchenden jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn man in Betracht zieht, daß in Deutschland rund 1½ Millionen Wohnungsuchende — in Berlin allein etwa 100000 — vorhanden sind.

Ist nun der zahlenmäßige Mangel an Wohnungen geradezu erschreckend umfangreich, so wird dieses Elend noch gewaltig gesteigert durch die im höchsten Maße ungerechte Verteilung der vorhandenen Wohnungen sowie dadurch, daß die Wohnungen zum Teil in menschenunwürdigen Zuständen sich befinden. Durch ungesunde Wohnungen sowohl wie durch unzureichende Wohngelegenheit wird jedoch nicht nur das Wohlbefinden des einzelnen ganz erheblich gestört; dieser Mangel beeinträchtigt auch Arbeitskraft und Lebenslust des Betreffenden.

An zwei krassen Beispielen soll gezeigt werden, mit wie wenig Sorgfalt man derartig wichtige Angelegenheiten behandelt und wie weit wir davon entfernt sind, auf behördliche Fürsorge und Gerechtigkeit rechnen zu können. Seit dem Dezember 1919 wohnt die Familie eines Arbeiters, wie wir dem „Vorwärts" entnehmen, in einer elenden, auf einem Hofe gelegenen Kellerwohnung, die aus einer Küche und einem einfenstrigen Zimmer besteht und sich in einem jammervollen Zustande befindet. Das Ehepaar und vier Kinder im Alter von 14 Monaten bis zu 15 Jahren sind Bewohner dieser Höhle, deren Fußboden 120 cm unter dem engen Hofe liegt. Die Jugendfürsorge hatte angekündigt, daß sie in Anbetracht des die Gesundheit der Kinder bedrohenden Zustandes drei derselben anderwärts unterbringen wolle. Der Mieterverband Groß-Berlin, dem diese Angelegenheit zur Kenntnis gebracht worden war, hat jedoch gebeten, von der Fortnahme der Kinder vorläufig Abstand zu nehmen, da der genannte Verband bemüht sein werde, der Familie baldmöglichst eine größere Wohnung nachzuweisen. Der andre Fall betrifft die Wohnungsverhältnisse bei der Polizeiabteilung Treptow. Ein lediger Adjutant dieser Abteilung bewohnt als einzelner Beamter eine Dreizimmerwohnung, in der nachweislich ein Zimmer dauernd leer steht. Verheiratete Unterbeamte mit Kindern dagegen müssen mit Ein- oder Zweizimmerwohnungen vorlieb nehmen, während die ledigen kasernierten Beamten zu vier, fünf und sechs in eine Stube gepfercht werden. Beispiele dieser traurigen Zustände ließen sich vervielfachen; aus Raumgründen muß jedoch hiervon Abstand genommen werden. Sollte es denn nicht wenigstens möglich sein, daß die Wohnungs-

ämter derartige Verhältnisse sofort beseitigen, sobald sie Kenntnis davon erhalten?

Die Besitzenden freilich, denen große Wohnungen und Villen zur Verfügung stehen, merken nichts von dem Wohnungselend; sie hüten sich, Wohnungen zu bauen, weil bei andern Gelegenheiten mehr Geld zu verdienen ist. Um so mehr muß von der Arbeiterschaft selbst getan werden. Wir haben zahlreiche Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten; in diesen sollte kein Mittel unversucht gelassen werden, Wohnungen zu schaffen, und zwar durch rücksichtslose Beschlagnahme und Teilung der großen Wohnungen, Kasernen und andern Baulichkeiten sowie natürlich auch durch Neubauten.

Die Mieteinigungsämter wirken zum großen Teil nicht im Sinne der Mieter, sondern zum Schutz der Hausbesitzer, die gerade gegenwärtig wieder auf und dran sind, die Mieten noch gewaltig in die Höhe zu schrauben. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß man die Mieteinigungsämter von seiten der Arbeiterschaft mit tüchtigen und rückgratlosen Männern besetzt. Auch sei bei dieser Gelegenheit daran erinnert, daß bei Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter die Mieteinigungsämter sofort anzurufen sind.

Gegen den Wohnungswucher wird keineswegs mit der notwendigen Strenge vorgegangen. So wird z. B. aus Breslau geschrieben, daß der dortige Oberbürgermeister anläßlich einer Besprechung mit Pressevertretern schwere Vorwürfe gegen die Strafjustiz in dieser Hinsicht erhob. Die Strafen sind lächerlich gering; sie ermutigen geradezu zu weiteren Verfehlungen. Von 78 Geldstrafen, die über Wohnungsschieber verhängt wurden, bewegten sich die meisten auf 5—10 Mk. Der Durchschnitt der sogenannten Strafen betrug 36 Mk. Einmal nahm der Staatsanwalt sogar Veranlassung, Beschwerde einzulegen, weil 25 Anzeigen gegen wohlhabende Wohnungsschieber unerledigt blieben! rk.

□□□□□ Korrespondenzen □□□□□

Breslau. Nach Ehrung zweier verstorbener Mitglieder wurden in der Versammlung vom 4. März fünf Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Nach Erstattung des Kartellberichts wurden zwei Delegierte gewählt. Zu dem Rundschreiben des Verbandsvorstandes wurde Stellung genommen und einstimmig die Forderung aufgestellt, das bestehende Lohnabkommen am 1. April zu kündigen. Mit dem Vorschlag einer Beitragserhöhung erklärte sich die Versammlung völlig einverstanden unter der Bedingung, daß diese Beträge als besonderer Fonds getrennt von der allgemeinen Verbandskasse verwaltet werden.

Br. Freiburg i. Br. (Bezirksverein.) Mit dem klangschön vorgetragenen Freiheitschor „Am Strom" eröffnete unsre rührige Gesangsabteilung die Generalversammlung am 20. Februar, die ziemlich guten Besuch aufzuweisen hatte. Nachdem Vorsitzender K. Sandfort zwei verstorbener Kollegen in ehrender Weise gedacht, entrollte er in knappen, klaren Sätzen ein Bild des verflossenen Geschäftsjahrs, in dem die Wellen manchmal ziemlich hoch gingen. Tarflich ist alles in Ordnung. Das Verhältnis zur Prinzipalität ist zur Zeit kein rosiges, dafür sorgt deren Geschäftsführer, der Scharfmacher Schmieder, ein früheres langjähriges Verbandsmitglied. Dank der Energie des Vorsitzenden und verschiedener Vertrauensleute ist es bei einigen Firmen gelungen, für die im Gewerbe stehenden Gehilfen die über Minimum bezahlten Sätze der Zeit entsprechend zu erhöhen sowie den zum Minimum Entlohnten eine Zulage zu erringen. Nun provozieren die Herren Prinzipale die Gehilfenschaft dadurch, daß sie, mit unterchristlicher Verpflichtung, sich geeinigt haben, keinem Gehilfen mehr als 25 Mk. über Minimum zu bezahlen. Das muß als ein unberechtigter Eingriff in das freie Ermessen des Prinzipals, sogar als direkter Tarifbruch bezeichnet werden, dem die Gehilfenschaft zu gegebener Zeit zu antworten wissen wird. In der Lokalzuschlagsfrage wären in verschiedenen Orten gute Erfolge erzielt worden durch den 15-km-Passus des Tarifs, indem in einigen Orten sich Prinzipale und Gehilfen auf eine staffelweise Erhöhung des Lokalzuschlags geeinigt hatten, so daß in einigen Monaten der Lokalzuschlag des Vororts erreicht gewesen wäre. Der Artikel des Kollegen Schliebs machte aber einen bösen Strich durch die Rechnung und löste wohlberechtigte Entrüstung aus. Nach verschiedenen Aufnahmen erhielt Gauvorsteher Lindenlaub das Wort zu einem Vortrage: „Zeitgemäße Betrachtungen". Mit schönen Worten zeichnete er ein klares Bild unsrer gegenwärtigen Lage, sowohl in organisatorischer wie in tariflicher Hinsicht, hauptsächlich unsre neuesten „Errungenschaften", den Tarif und die Wirtschaftsbeihilfe, gebührend ans Licht ziehend. Die letzten Verhandlungen mit unsern Tarifkontrahenten zeigen klar, wie wir mit ihnen stehen. Darum forderte der Redner zu mannhafter Entschlossenheit und Einigkeit auf. Lebhafter Beifall belohnte die trefflichen Ausführungen. Die Aussprache mußte der vorgeschriebenen Zeit wegen auf die nächste Ortsvereinsversammlung verschoben werden. Auch bei den folgenden Wahlen mußten Einschränkungen vorgenommen werden, so daß nur der erste Vorsitzende Sandfort und der Kassierer Wolber mit großer Stimmenmehrheit wiedergewählt und die übrigen Wahlen ebenfalls auf die nächste Versammlung verschoben wurden. Bei der Vorlage der Abrechnung wurden von zwei Kollegen verschiedene Positionen kritisiert, von Vorstandsseite aus jedoch einwandfrei richtiggestellt, so daß die Entlastung des Kassierers erfolgen konnte. Für Fortbildungs- und Gewerkschaftszwecke soll mehr als bisher getan werden. Der Beitrag zum Bezirksvereine soll in der alten Höhe beibehalten werden. Ein besonderes Kapitel in der Versammlung bildete der berüchtigte Artikel des Kollegen H-g. von der Dreisam, der, selbst seit zehn Jahren notorischer Versammlungsschwänzer, sich erdreistet hat, in einer Weise über die Kollegen des Gaues Oberrhein, speziell Freiburgs, herzugehen, die allem entspricht, nur nicht dem Verhalten eines ehemaligen Verbandsfunktionärs. In die Blumenvase wird sich dieser Kollege den Strauß nicht stecken, der ihm in dieser und früheren Versammlungen gewunden wurde.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung am 6. März wurde zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen in ehrender Weise geehrt. Kollege Piczynk berichtete, daß sich die Gewerbegerichtswahl in Hamburg erübrigt habe, weil nur eine, und zwar die freigewerkschaftliche Liste, eingereicht worden sei. Kollege Runkler gab zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht einige kurze Erläuterungen. Der Kursverlust der Wertpapiere betrage in diesem Jahre 35000 Mk., während er im vorigen Jahre 47000 Mk. betrug; es sei eine Kursbesserung zu verzeichnen. An eine Herabsetzung des Gaubeitrags sei erst dann zu denken, wenn wir die Schulden in Höhe von 47000 Mk getilgt hätten; hoffentlich gelinge das im neuen Jahre. Kollege Corti erläuterte den Kassenbericht und zeigte an der Gegenüberstellung der Jahre 1914 und 1920, wie neben der Steigerung der Einnahmen auch die Ausgaben ganz gewaltig angewachsen sind. Kollege Galle ergänzte den Jahresbericht der Korrektoren. Die Lohnbewegung der Korrektoren ergab für 53 Kollegen 466 Mk. wöchentlich mehr. Dem Vorstande wurde einstimmig Entlastung erteilt. Sodann erfolgte die Aufstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl. Darauf kam die Frage der Kündigung des Lohnabkommens und die Schaffung eines Kampffonds durch Erhöhung des Verbandsbeitrags zur Beratung. Kollege Runkler teilte mit, daß am 14. März und folgende Tage in Berlin eine Gauvorsteherkonferenz stattfinde, die sich neben andern Dingen zur Hauptsache mit diesen beiden Fragen beschäftigen werde. Sei auch die zukünftige Lage unsres Gewerbes äußerst ungewiß, so sei doch unter allen Umständen die Kündigung des Lohnabkommens zum 1. Mai eine Notwendigkeit. Die Frage der Erhöhung des Verbandsbeitrags stelle er der Entscheidung der Mitglieder anheim, ohne vorher durch seine Stellungnahme dazu Beeinflussung auszuüben. In der äußerst regen Aussprache, an der sich 13 Kollegen beteiligten, kam noch einmal die allgemeine Unzufriedenheit über die elende wirtschaftliche Lage der Buchdrucker und über die letztbewilligte Wirtschaftsbeihilfe zum Ausdruck. Die Zurückstellung der jungen Kollegen wurde scharf verurteilt. Bedauert wurde, daß der günstige Zeitpunkt zum Kampfe um eine wirkliche wirtschaftliche Besserstellung wiederum versäumt worden sei. Wir hätten wohl gute Gewerkschaftsbeamte, aber keine Führer, die in entscheidender Stunde die Gehilfenschaft zum Kampf aufrufen. Die Schwere des Kampfes von 1891/92 wurde von einigen älteren Kollegen herangezogen und daran die Schwierigkeiten eines Streiks aufgezeigt. Dem wurde gegenübergestellt, daß es ein Unding sei, aus einem 30 Jahre zurückliegenden Kampfe Schlußfolgerungen auf die heutige Zeit und ganz andern wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnissen zu ziehen. Zu verlangen sei nicht nur das nackte Existenzminimum, sondern eine gerechte Bezahlung der Arbeitsleistung. Hamburg müsse mit Berlin im Lohne gleichgestellt werden. In der Frage der Erhöhung des Verbandsbeitrags waren die Meinungen geteilt. Fast alle Redner hielten die Schaffung eines Kampffonds für dringend notwendig, einige Stimmen erwogen die Möglichkeiten der Aufbringung großer Mittel in kurzer Zeit. Kollege Runkler ging in seinem Schlußworte kurz auf die Aussprache ein. Auch er halte die Gleichstellung Hamburgs mit Berlin für notwendig; auch er bedauere die Ausschaltung der jungen Kollegen von der Wirtschaftsbeihilfe. Sonst fordere man immer mehr Selbst- und Mitbestimmungsrecht, aber hier wolle man die Initiative zur Einleitung eines Kampfes den Führern zuschieben. Ein solcher dürfe nur als letztes Mittel in Anwendung gebracht werden und nur, wenn die große Masse der Kollegen dafür sei. Trotzdem würde bei einem unglücklichen Ausgang eines Kampfes die Verantwortung immer den Führern aufgeladen werden. Daß diese mit der Tarifgemeinschaft stehen oder fallen, sei unrichtig. Sobald ein besserer Weg zur Durchsetzung unsrer gewerkschaftlichen Ziele gefunden sei, würde dieser begangen werden. In der nun folgenden Abstimmung wurde die Kündigung des Lohnabkommens am 1. April einstimmig verlangt. Der Erhöhung des Verbandsbeitrags zur Schaffung eines Kampffonds wurde mit überwiegender Mehrheit zugestimmt.

-d. Köln. Am 6. März fanden sich die Funktionäre des Gaues zu einer Sitzung in Köln zusammen, die vom Gauvorsteher Bertram eröffnet wurde. Eingangs der Sitzung gab Kollege Fuß (Essen) einen kurzen Bericht über die Kreisamtssitzung, die tags zuvor hier stattfand. In derselben wurde u. a. bei dem Punkte: „Beschlußfassung über die vom 1. April an gültige Sonderzulage im Kreise II", eine Kommission von fünf Prinzipalen und fünf Gehilfen gebildet, die sich darüber verständigen soll, wie es nach dem 1. April mit der Sonderzulage werden wird. Sollte diese Kommission zu einer Einigung nicht kommen, wird sich wahrscheinlich in der Karwoche wiederum eine Kreisamtssitzung mit der Angelegenheit befassen. In der sich anschließenden Diskussion waren sämtliche Funktionäre der bestimmten Ansicht, daß die Gehilfenschaft Rheinland-Westfalens unter den obwaltenden Verhältnissen auf keinen Fall zu einer Herabsetzung des Lohnes ihre Zustimmung geben werde. Wenn auch einige Gebrauchsgegenstände um eine Kleinigkeit im Preise gesunken seien, so sei doch in den Haushaltungen so viel zu erneuern, daß die Gehilfen vorläufig an einen Abbau der Löhne nicht denken könnten. Auch zu der in letzter Zeit aktuell gewordenen Frage der Schaffung eines Kampffonds äußerten sich die Funktionäre in ausgiebiger Weise. Der größte Teil stand der Schaffung eines solchen Fonds sympathisch gegenüber, während von andrer Seite die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft — wohl auch ein guter Vorschlag — als bester Kampffonds bezeichnet wurde. Zu dieser wie auch zu den andern Fragen, womit sich die am 14. März in Berlin beginnende Gauvorsteherkonferenz zu befassen hat, wurden unsern beiden Gauvorstehern von der Versammlung die nötigen Anregungen gegeben. Zum Schlusse gab Kollege Bertram den Funktionären noch eine Reihe wichtiger Richtlinien, u. a. den Rat, bei Neuerrichtung von Druckereien in kleinen Orten in der Nähe von Großstädten darauf zu achten, daß gleichzeitig mit der Tarifneuerklärung der betreffenden Druckerei auch der Lokalzuschlag des Vororts anerkannt wird.

Hz. Leipzig. Wahren Arbeiterfesten muß man es anmerken, daß sie der Ausdruck eines einheitlichen Geistes sind, eines seelischen Organismus von mächtiger Triebkraft. An diesem Maßstabe gemessen, war das 59. Stiftungsfest des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießereihilfen am 27. Februar ein wirkliches Arbeiterfest. Der Gedanke der unverbrüchlichen Einigkeit der Leipziger Kollegenschaft kam dabei in herzerhebender Art zum Ausdruck; im Gegensatze zum Versammlungsleben, wo jener Gedanke leider nicht immer dominiert. Zum ersten Male seit der Vorkriegszeit fanden sich die Leipziger Verbandskollegen wieder zu einem Stiftungsfest ihres „großen Vereins" zusammen. In der richtigen Voraussetzung, daß bei sehr vielen Mitgliedern ein Bedürfnis vorhanden sein werde, nach langen Jahren einmal wieder in größerem Kollegenkreise für ein paar Stunden das sorgenvolle Dasein zu vergessen, war vom Festausschusse von vornherein ein Herrenkommers ins Auge gefaßt worden. Der riesige Saal des „Zoologischen Gartens" war denn auch bis auf den letzten Platz besetzt. Ein gediegenes Programm sorgte für reiche Abwechslung. Auserlesene Konzertstücke des leistungsfähigen Schütze-Orchesters wechselten ab mit Vorträgen des Gesangvereins „Gutenberg", der unter Leitung seines langjährig bewährten Chormeisters Alfred Schweichert sein Bestes bot. Wie bei allen kollegialen Veranstaltungen trug unser „Gutenberg" auch zur Verschönerung und Veredlung des Stiftungsfestes redlich bei durch Lieder der Freiheit, der Freude und des Frohsinns. Noch mancher Verbandskollege, der in hiesigen bürgerlichen Gesangvereinen als stimmgewaltiger Sänger glänzt, könnte durch Beitritt zum „Gutenberg" unsrer kollegialen Sache und damit der Arbeiterbewegung besser dienen! Im Mittelpunkte der ganzen Veranstaltung stand die Festrede des Kollegen Albert Massini (Berlin). Trotz seiner 66 Jahre wurde der „Barde" allen Erwartungen gerecht. Er zeigte, wie sich die Buchdrucker allezeit von proletarischem Bewußtsein leiten ließen, ohne darüber große Worte zu machen. Sie waren die ersten, die die auf Arbeitszeitverkürzung abzielenden Forderungen des Pariser Arbeiterkongresses, im Jahre 1889 zu verwirklichen suchten und in ihrem denkwürdigen Neunstundenkampfe 1891/92. Wenn dieser Kampf auch für uns verloren ging, so sei sein günstiger Einfluß auf die fernere Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen doch unverkennbar geblieben. Die Art, wie Kollege Massini die Kämpfe und Bedrängnisse und die unermüdliche Organisationsarbeit der Buchdrucker am geistigen Auge der Zuhörer vorüberziehen ließ, dürfte ihren Eindruck, namentlich auf die jüngeren Kollegen (wenn sie auch nicht so zahlreich vertreten waren, wie man es hätte wünschen mögen), nicht verfehlt haben. Das bewies am besten der rauschende Beifall, der seiner Rede folgte. Im zweiten Teile des Festes kam die leichtgeschürzte Muse zu ihrem Rechte. Das aus den Kollegen Dacsko, Haase und Pröle bestehende Berliner Ulkterio wurde für seine zwerchfellerschütternden, gelungenen Darbietungen mit Beifall förmlich überschüttet, und die graziösen Aufführungen des Balletts der städtischen Theater sorgten für die weitere Hebung der Stimmung. Alles in allem ein Stiftungsfest, von dessen Verlauf man hoffen darf, daß er dazu beitragen wird, den in der Schlußtirade des allgemeinen Liedes ausgedrückten Wunsch zu verwirklichen:

In Eintracht und fester Geschlossenheit
Blüh' Gauverein Leipzig für alle Zeit!

Wittenberg. Die Versammlung am 16. Februar war trotz der wichtigen Tagesordnung nur mittelmäßig besucht. Nachdem zwei Aufnahmen zurückgestellt und für die streikenden Saarburger Kollegen aus der Ortsvereinskasse 200 Mk. bewilligt worden waren, wurde in den Hauptverhandlungspunkt „Tarifliches" eingetreten. Hier setzte eine sehr lebhafte Diskussion ein. Die einzelnen Redner brachten zum Ausdruck, dieses horrende Geschenk der Prinzipalsvertreter sei einfach zurückzuweisen. Leider sind wir dazu nicht in der Lage, da wir diesen Bettelpfennig ja so notwendig gebrauchen, um uns nur einigermaßen über Wasser halten zu können. Folgende Entschließung wurde darauf einstimmig angenommen: „Die am 16. Februar stattgefundene Versammlung des Ortsvereins Wittenberg nimmt die durch Schiedsspruch des Arbeitsamts festgesetzte Wirtschaftsbeihilfe nur unter Vorbehalt an. Sie beauftragt ihre Gehilfenvertreter, dahin zu wirken, daß bei Festsetzung der Lohnregelung unsres Gewerbes eine andre Taktik eingeschlagen wird. Die Tarifgemeinschaft scheint nach den zuletzt gepflogenen Verhandlungen des Tarifausschusses nicht mehr das Richtige zu sein, zur Gesundung der wirtschaftlichen und materiellen Besserstellung der Gehilfenschaft beizutragen. Wir sind bereit, mit der gesamten Kollegenschaft Deutschlands das letzte Mittel der gewerkschaftlichen Macht in Anwendung zu bringen."